

Junge Pioniere und Werktätige auf einem Wandbild (Ausschnitt) im DDR-Regierungsviertel an der Leipziger Straße in Ostberlin. Nach sowjetischer Vorgabe sollten die Künstler Sujets aus dem Alltag und der Arbeitswelt aufgreifen und sie in idealisierender Weise darstellen („sozialistischer Realismus“).

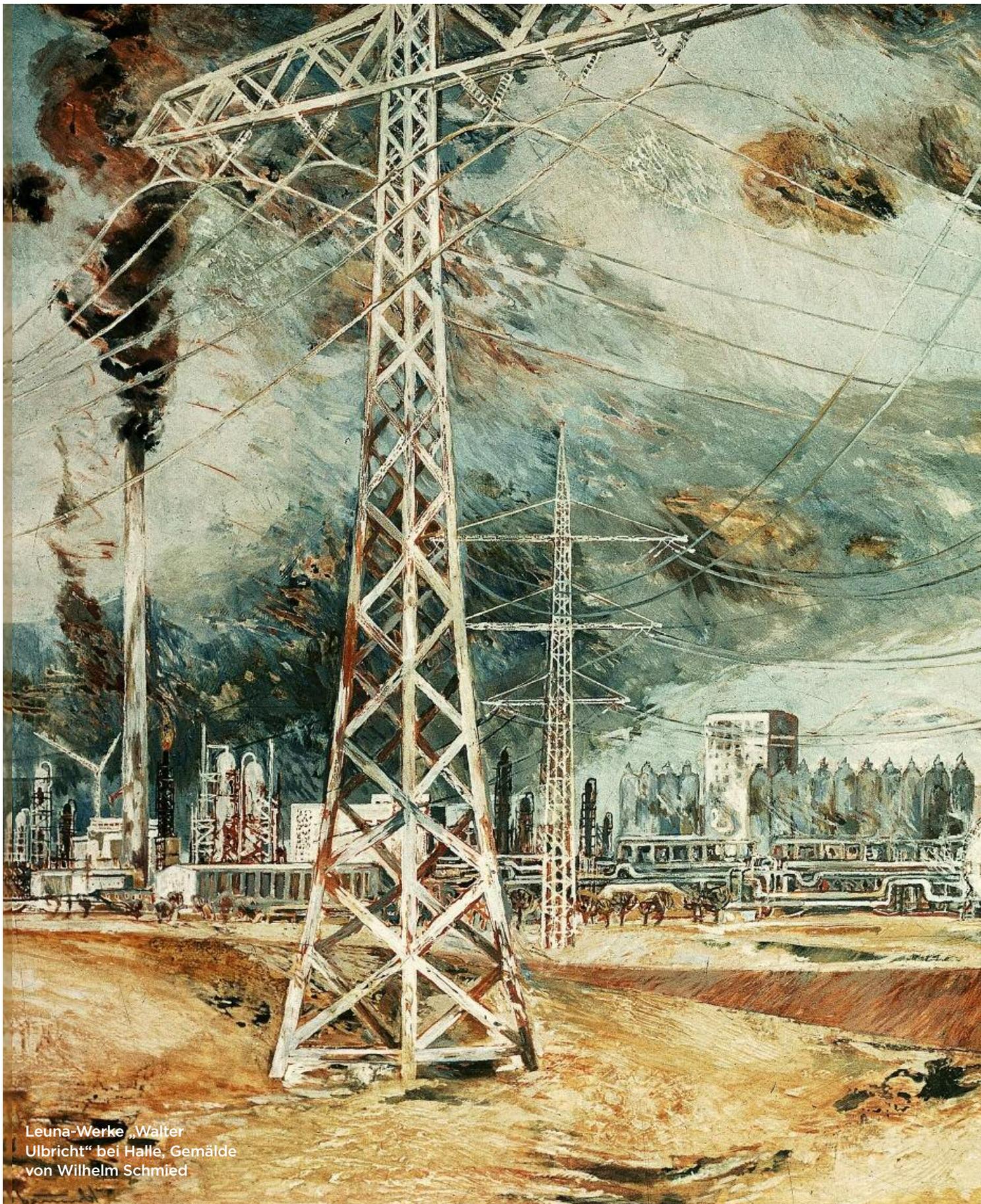


A painting depicting an elderly man and woman shaking hands. The man, on the left, has white hair and glasses, wearing a dark suit and a blue tie. The woman, on the right, has blonde hair and is wearing a dark cap, a light-colored jacket, and dark boots. They are standing in front of a red brick wall. In the background, there is a house under construction with wooden scaffolding and a blue sky. A large wheel is visible on the right side of the painting.

KAPITEL 3 | REPRESSION UND NISCHENGESELLSCHAFT

Das Hefekuchen- Problem

Weil er in den Siebzigerjahren für mehr Wohlstand sorgte, war Erich Honecker eine Weile populär. Doch die hohen Subventionen für Wohnungen oder Brot mussten in den Staatsruin führen.



Leuna-Werke „Walter
Ulbricht“ bei Halle, Gemälde
von Wilhelm Schmied

S. 64/65: FAUSTO GIACCONE / ANZENBERGER; S. 66: AKG



Von NORBERT F. PÖTZL

*Ja, mach nur einen Plan,
Sei nur ein großes Licht!
Und mach dann noch 'nen zweiten Plan,
Geh'n tun sie beide nicht.*

Bertolt Brecht in der Dreigroschenoper: „Lied von der Unzulänglichkeit menschlichen Strebens“

Als Erich Honecker im Mai 1971 an die Macht kam, versprach er seinem Volk eine Art Schlaraffenland. Seinen Untertanen sollte es an nichts mehr mangeln, und das Beste war: Mehr kosten sollte es auch nicht. So wollte der neue erste Mann, nachdem er seinen Ziehvater Walter Ulbricht mithilfe der Moskauer Genossen wegge mobbt hatte und selbst Chef der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands geworden war, die unzufriedenen Bürger mit ihrem Staat versöhnen.

Für „besonders dringlich und wesentlich“ hielt Honecker, wie er kurz nach seinem Amtsantritt aufzählte, „die Versorgung der Bevölkerung mit Waren des täglichen Bedarfs, mit Konsumgütern, Ersatzteilen und Dienstleistungen“. Mit einem Seitenhieb auf seinen Vorgänger gestand er ein, dass die „Lückenhaftigkeit und Unbeständigkeit auf diesem Gebiet“ von vielen Bürgern „mit Recht bemängelt“ werde.

Tatsächlich stiegen in den ersten Jahren unter Honecker die Löhne und Renten, die Arbeitszeiten wurden verkürzt, die Urlaubszeiten verlängert. Für junge Ehepaare gab es zinsgünstige Kredite, die „abgekündert“ werden konnten – bei der Geburt eines Kindes wurde ein Teil der Rückzahlung erlassen. Berufstätige Mütter erhielten ein mit vollem Gehalt bezahltes Babyjahr. Die Kinderkrippen wurden ausgebaut, die medizinische Versorgung verbessert, der Lebensstandard erhöhte sich spürbar.

Der Erfindung des Konsumsozialismus verdankte Honecker seine anfängliche Popularität als „unser Erich“. Der relative Wohlstand, den die DDR in diesen, wie es vielen schien, „goldenen“ Siebzigerjahren erreichte, machte es ihren durch Mauer und Stacheldraht eingesperrten Bewohnern leichter, sich mit ihrem Staat zu arrangieren.

Vor allem den Wohnungsbau kurbelte der Parteichef energisch an. Nach dem Zweiten Weltkrieg waren viele Häuser zerstört gewesen oder in einem desolaten Zustand. Als Honecker die Führung

übernahm, waren 1,6 Millionen Wohnungen, mehr als jede fünfte, nicht zeitgemäß ausgestattet. Nur 39 Prozent hatten Bad oder Dusche, nur 36 Prozent eine Inntoilette. Meist mussten sich mehrere Familien ein Gemeinschaftsklo auf halber Treppe teilen. Ihre Öfen heizten sie mit schwefelig stinkenden Braunkohlebriketts, die die Händler vor die Häuser kippten; die Kohlen mussten sie erst in die Keller schaffen und dann in Eimern nach oben schleppen. Bloß 26 Prozent der Wohnungen verfügten über fließendes Warmwasser.

Bis 1990, verkündete Honecker, werde „die Wohnungsfrage als soziales Problem gelöst“ sein, indem 2,8 bis 3 Millionen Wohnungen neu errichtet oder von Grund auf modernisiert würden. Das ehrgeizige Programm sollte durch industrielle Fertigbauweise verwirklicht werden. Aus vorgefertigten Betonelementen, jedes einzelne bis zu sechs mal drei Meter groß, entstanden Hochhäuser des Typs „WBS 70“ in monotonen Trabantenstädten wie Berlin-Marzahn, Halle-Neustadt, Leipzig-Grünau oder Rostock-Lichtenhagen.

Der Volksmund nannte die Betonklötze „Arbeiterschließfächer“, aber deren Bewohner, die zuvor in maroden Altbauten gelebt hatten, schätzten sich glücklich: Nun lief heißes Wasser aus den Hähnen, es gab Badewannen und Fernheizung.

Das Wohnungsbauprogramm ließ sich erst mal gut an. Die erste Million war 1978 erreicht. Am 6. Juli bezog der Arbeiter Hermann Großkopf, „Brigadier und mehrfacher Aktivist im VEB Berliner Werkzeugmaschinenfabrik“, mit Frau und Kind eine neue Dreiraumwohnung in Berlin-Marzahn, im vierten Stock an der Marchwitzastraße, 75 Quadratmeter im Plattenbau.

Das „Neue Deutschland“ feierte das Ereignis auf der Titelseite, Honecker kam zur Schlüsselübergabe. Der Rundfunk sendete live, als sich Hermann Großkopf artig bedankte: „Für uns ist diese Wohnung wie ein großer Treffer in der Lotterie, nur dass dieses Glück nicht das Ergebnis eines Spieles ist, sondern das Ergebnis des zielstrebigen Arbeitens vieler.“

Derweil verfiel die Altbausubstanz. Viele Innenstädte verwahrlosten, neu zu bauen war billiger als Sanieren und Restaurieren. Das war zwar geplant, aber erst für die Zeit ab 1990. „Ruinen schaffen ohne Waffen“, spotteten die Leute. Für privates Wohneigentum wurde

kaum Baumaterial zur Verfügung gestellt, und Mietwohnungen konnten nicht modernisiert werden, weil die extrem niedrigen Mieten bei Weitem die Kosten nicht deckten.

Denn für Altbauten galt bis zum Ende der DDR noch der 1936 von den Nationalsozialisten eingeführte Mietstopp. Dadurch wurde die Monatsmiete auf 0,35 Ostmark je Quadratmeter eingefroren, nach heutigem Wert etwa fünf Cent. Für Neubauten wurden die Mieten 1972 auf 80 Pfennig und 1981 auf 1,25 Mark je Quadratmeter und Monat festgesetzt – nur in Ostberlin waren für Neubauwohnungen Quadratmetermieten bis 1,87 Mark zulässig.

Honecker war ganz stolz darauf: Der Mietpreis betrage „im Durchschnitt weniger als drei Prozent des Haushaltseinkommens eines Arbeiter- und Angestelltenhaushalts“, sagte er. Möglich war dies nur durch irrwitzig hohe Subventionen, wie der SED-Chef selbst erklärte: „Zwei Drittel der Kosten für die Erhaltung und Bewirtschaftung der Wohnungen trägt der Staatshaushalt.“ So zahle „beispielsweise eine Berliner Familie für eine neu gebaute Dreiraumwohnung mit Fernheizung und zentraler Warmwasserversorgung monatlich eine Miete von 103,25 Mark“. Der tatsächliche Aufwand belaufe sich aber auf 312,40 Mark. Die Subvention betrage also „einschließlich der Stützung für den Verbrauch von Elektroenergie und Stadtgas 209,15 Mark je Monat“. Die Zuwendungen für Wärme-, Warmwasser- und Energieversorgung, für Müllabfuhr, Begrünung und Ähnliches nahmen von 222 Millionen Mark 1971 auf 4,247 Milliarden Mark im Jahr 1988 zu.

Die Subventionspolitik lud zu Verschwendung, Missbrauch und spekulativen Transaktionen ein. Durch die künstlich niedrig gehaltenen Mieten verloren Mieter jegliches Interesse an einem rationellen Umgang mit dem Wohnraum. Wer eine Wohnung ergattert hatte, rückte sie nicht wieder heraus, auch wenn er sie nicht brauchte. Singles blieben nach einer Scheidung oder nach dem Auszug der Kinder in viel zu großen Wohnungen, und wer einen neuen Lebenspartner gefunden hatte und mit ihm zusammenzog, behielt die Zweitwohnung für den Fall einer neuerlichen Trennung oder als Tauschobjekt.

Der gleiche Irrsinn spielte sich bei Lebensmitteln ab, für die ebenfalls Festpreise galten. So wurde für Schrippen ein Verkaufspreis von 5 Pfennig festgelegt, weit unter den Selbstkosten der Bä-

cker und Backfabriken. DDR-Bürger verfütterten Brot an Schweine und Hühner, weil es billiger war als das dafür verwendete Getreide. Die politische Führung wusste das. Aber, so Honecker-Berater Otto Reinhold noch im Juni 1989: „Für uns als Arbeiterpartei ist der Brotpreis eine politische Frage.“

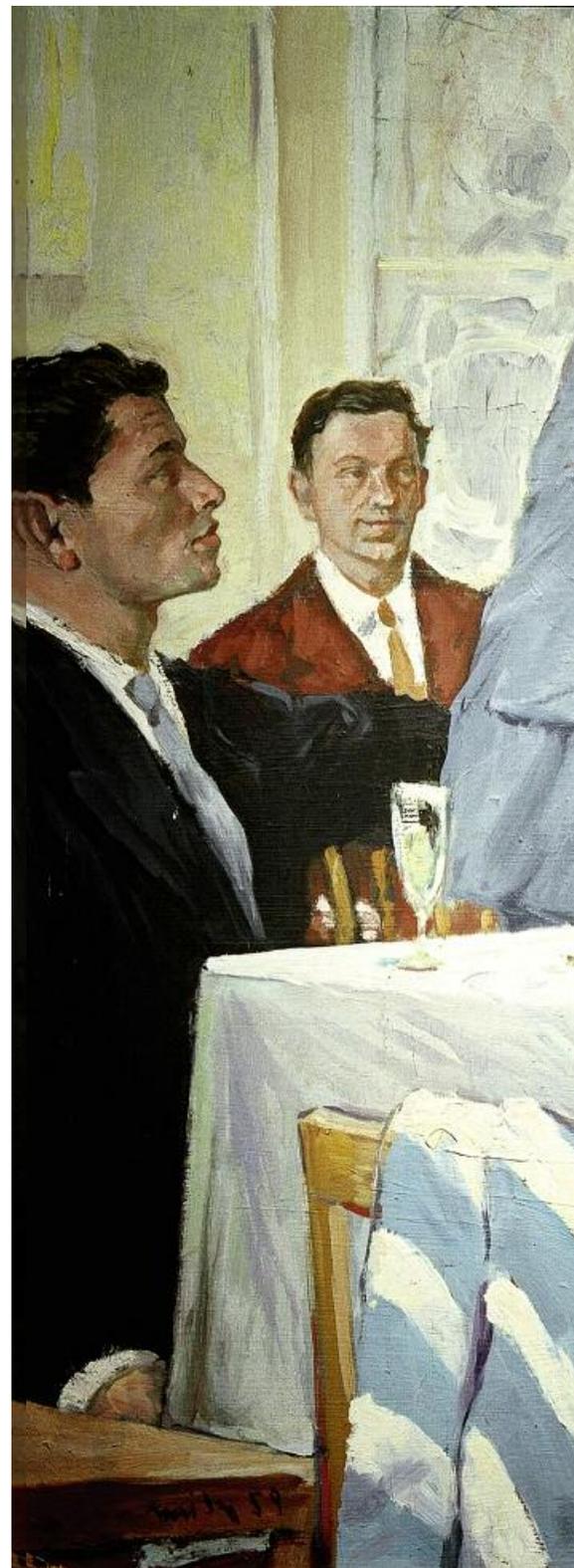
Allein die staatliche Stützung für Lebensmittel stieg von 5,5 Milliarden Mark im Jahr 1971 auf 32 Milliarden 1988. Honecker und sein Politbüro hielten jedoch eisern an den Festpreisen fest, weil sie ihnen politische Stabilität zu garantieren schienen. Das Trauma des 17. Juni 1953, als Erhöhungen der Arbeitsnorm – und damit Einkommensverluste – zu einem Volksaufstand führten, saß den Politbürokraten noch immer im Nacken.

Die Preispolitik bewirkte jedoch genau das, was Honecker hatte vermeiden wollen: einen permanenten Mangel. Was billig war, wurde im Übermaß gekauft, sodass das Angebot schnell erschöpft war. Dies heizte wiederum die Nachfrage an: Gekauft wurde nicht, was man brauchte, sondern was gerade vorrätig war. Die Folge war, dass die Ladenregale leer, die privaten Vorratskammern und Kühlschränke hingegen voll waren.

Manche Waren gab es nur zu bestimmten Zeiten und waren dann binnen weniger Stunden ausverkauft. Beim Bäcker, der um sieben Uhr öffnete, standen Dutzende von Kunden schon morgens ab halb fünf nach Brötchen an. „Sozialistische Wartegemeinschaften“ harrten vor „Baustoffversorgungen“ aus, sobald Zementlieferungen angesagt waren. Wenn sich vor einem Geschäft eine Schlange bildete, stellte man sich erst einmal an und fragte dann die anderen, was es eigentlich gebe.

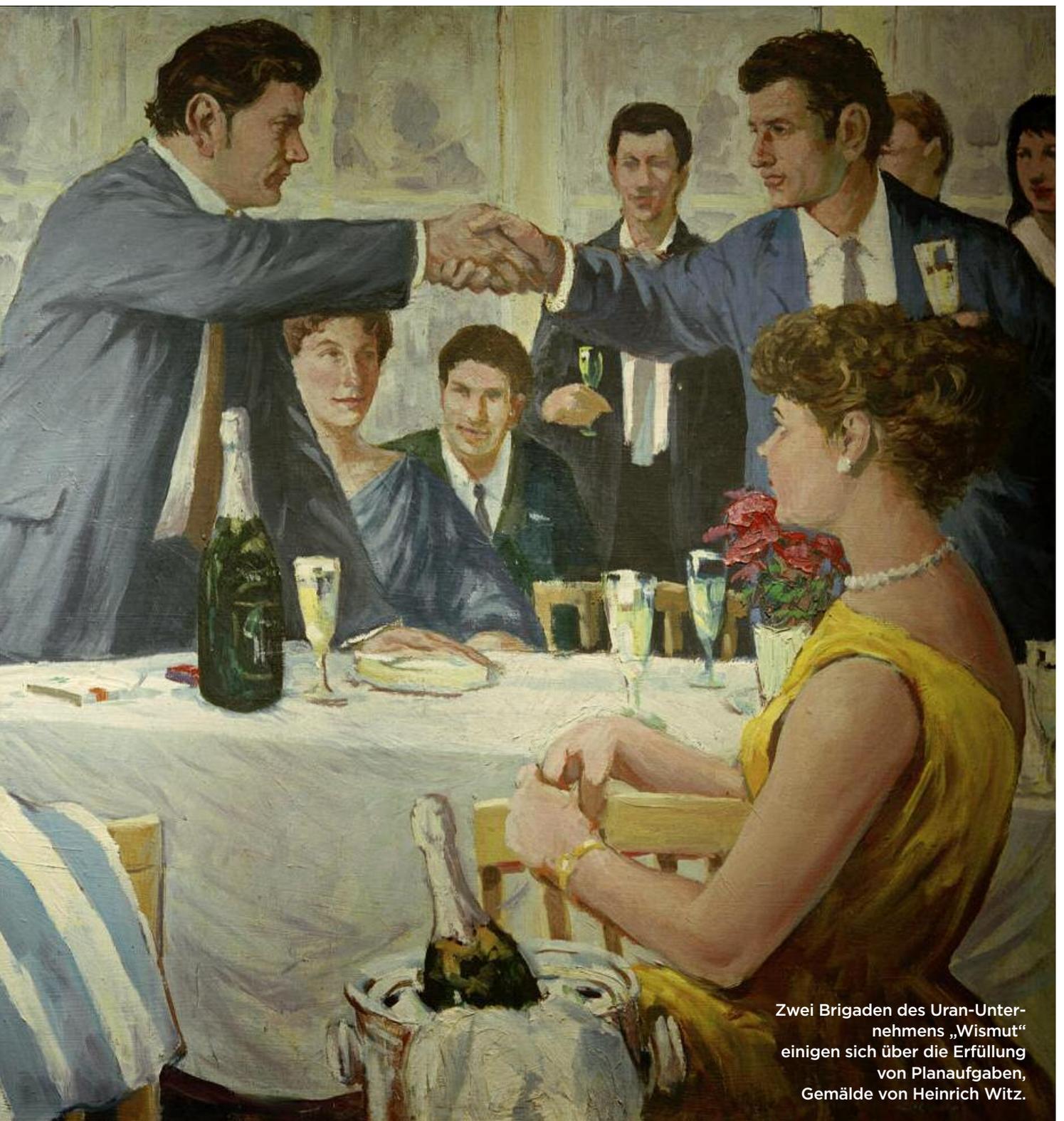
Honecker habe „leider nicht genügend Einsicht in die Notwendigkeit der ökonomischen Gesetze“ gehabt, urteilte rückblickend Gerhard Schürer, seit 1965 Leiter der Staatlichen Plankommission (SPK). Denn unter der Parole „Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik“ verteilte die DDR-Führung großzügig soziale Wohltaten, die sich der Staat nicht leisten konnte.

Der Parteichef, sagte Schürer 1993, habe „aufgrund seiner Lebenserfahrung ein ganz einfaches Modell des Sozialismus im Kopf“ gehabt: „Die Menschen brauchen eine trockene, warme Woh-



nung, billiges Brot, also Grundnahrungsmittel, sie brauchen Arbeit, damit sie beschäftigt sind und Leistungen erbringen können, und dann wird der Sozialismus blühen und gedeihen.“

Doch Honeckers sozialistisches Modell glich der Quadratur des Kreises. In dem der Konsum durch immer höhere



Zwei Brigaden des Uran-Unternehmens „Wismut“ einigen sich über die Erfüllung von Planaufgaben, Gemälde von Heinrich Witz.

Subventionen gepöppelt wurde, fehlte das Geld für Investitionen in Forschung und Entwicklung. Die DDR fiel im internationalen Wettbewerb immer weiter zurück, einheimische Erzeugnisse blieben schwer verkäuflich.

Honecker schwante wohl bereits 1975/76, dass sein Plan nicht aufgehen

würde. Deshalb bestellte er streng vertraulich eine Studie, ob die Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik weiterhin realisierbar sei. Dies wurde von den Autoren „eindeutig verneint“. Sie wiesen vielmehr nach, wie einer von ihnen darlegte, „dass es zu einem starken Nachlassen der produktiven Akkumulation

kommen wird“. Mit diesem Begriff wurde in der DDR-Ökonomie der Teil des „Nationaleinkommens“ bezeichnet, der für die Erweiterung und Intensivierung der Produktion eingesetzt wurde, zu Deutsch: Es fehlten Investitionsmittel. Doch das Papier verschwand in Honeckers Schublade.

Wie sich Ost und West im Auslandsurlaub näher kamen

Bruderschaft in Badehose

Schon der orangefarben leuchtende Käfer ist ein seltsamer Anblick, mit Hamburger Kennzeichen und St.-Pauli-Aufkleber am Heck. Auf einer Landstraße im Ungarn des Jahres 1988 sieht man so etwas eher selten. Und dann erst die Typen, die sich aus dem Auto schälen: Arne, graues Hemd und Pilotenbrille, und sein Kumpel Nico, eierschalenfarbener Strickpullover. Ein Blick, und die Sache ist klar: „Das sind Westdeutsche“, flüstert Doreen ihrer Zwillingsschwester Isabel ehrfürchtig zu.

Von wegen Klassenfeindschaft. Weil die Mädchen den Bus verpasst haben, lassen sie sich von den angehenden Studenten im VW-Käfer an ihr Ziel bringen. Zum Klang einer Depeche-Mode-Kassette beginnt eine deutsch-deutsche Freundschaft. Die Mädchen sprechen vom Balaton, die Jungs vom Plattensee – aber sonst kommt man sich schnell näher: Sie tanzen im Metropol, essen Steak im Hotel Ezüstpart, spielen Volleyball. „Wir kommen aus zwei völlig unterschiedlichen Welten, können uns aber ganz normal unterhalten“, sagt einer der Westler. Und nicht nur das – bald schon muss sich Doreen entscheiden, ob sie für Arne ihre Heimat verlassen will.

Als einfühlsame Sommergeschichte schildert der Film „Westwind“ von Regisseur Robert Thalheim im Jahr 2011 eine Begegnung im Ungarn-Urlaub. Was viele Zuschauer nicht wissen: Zu sehen ist die Lebensgeschichte der Drehbuchautorin und Produzentin Susann Schimk. Arne und Nico gab es wirklich: „Das waren keine Langweiler, das waren echte Persönlichkeiten, die mit ihrem Käfer dorthin gefahren sind, um Osteuropa kennenzulernen“, erinnert sich die Filmproduzentin.

Neben bulgarischen Ferienorten wie Sonnen- oder Goldstrand war der Plattensee, der größte Binnensee Mitteleuropas, einer der Orte, an denen sich Ost und West auch im Kalten Krieg näherkommen konnten – bei gutem Wetter, Rotwein, Gulasch und Paprika. Westdeutsche genossen billige Ferien bei gutem Service, doch für die Ostdeutschen bedeutete Ungarn viel mehr. Es war ein kleines Fenster zur großen Freiheit. Im relativ liberalen „Gulaschkommunismus“ gab es Dinge, von denen in den HO- und Konsumverkaufsstellen der DDR nur zu träumen war, so etwa modische Jeans, T-Shirts, Pullover und aktuelle Schallplatten.

Für DDR-Bürger war die Reise ins östliche Freundesland recht unkompliziert: Bei Urlauben in Polen und der Tschechoslowakei reichte ab 1972 der Personalausweis – zumindest bis in Polen 1980 die Gewerkschaft Solidarność erstarkte. Wer nach Ungarn, Rumänien oder Bulgarien wollte, brauchte noch eine „Reiseanlage für den visafreien Reiseverkehr“, die es aber in der Regel problemlos gab. Mit diesem Dokument durften Urlauber bei der DDR-Staatsbank dann auch Geld umtauschen – aber nur ja nicht zu viel. Für Ungarn lag das Limit bei 30 DDR-Mark am Tag.

Die meisten DDR-Campingtouristen brachten sich ihre Konserven und Tütensuppen von zu Hause mit, um Geld für Einkäufe zu sparen. „Da hat das Herz schon schwer geblutet, wenn man mal im Restaurant saß“, sagt Musikjournalist Ulrich Grunert, der zwischen 1968 und Mitte der Achtzigerjahre beinahe jeden Sommer in Ungarn war. Allzu schnell waren die raren Forint ausgegeben – und fehlten später, etwa zum Kauf einer heiß ersehnten Platte. Wie an dem Sommertag 1969, als Grunert ein Album von Eric Burdon und den Animals stehen lassen musste.

Die Reisekasse machte den feinen Unterschied: „In den besseren Hotels saßen die Westler, die Ostler wohnten auf dem Campingplatz“, sagt Hasso Spode. Der Historiker und Soziologe leitet das Historische Archiv zum Tourismus an der TU Berlin. „Aber wenn man die Reiseintensität betrachtet, war die DDR den Westdeutschen überlegen, allerdings blieben sie mehr im eigenen Land.“ In den Siebzigern verbrachte rund ein Viertel der DDR-Urlauber die Ferien im Ausland. „Das machte die deutsch-

deutschen Begegnungen im Urlaub erst möglich“, sagt Spode. So trafen sich in Ungarn die Wartburg-Fahrer aus Wismar und die Audi-Besitzer aus Aachen. Die Bruderschaft in Badehose wurde von einer eigenen Stasieinheit beobachtet.

Manche DDR-Bürger haben sich wohl als Urlauber zweiter Klasse gefühlt. Aber längst nicht jeder ließ sich von den Westmark-Besitzern einschüchtern: „Wenn man sich am Strand in Badehose getroffen hat, gab's keine Unterschiede“, sagt Ulrich Grunert. „Abends in der Disco oder bei Livebands wurde sowieso nicht lange gefackelt.“

Christoph Seidler

Auslands-Reiseziele der DDR-Bürger 1984, in Prozent





„Brücke in Plagwitz“, Mischtechnik auf Leinwand von Günter Thiele

Auch Planungschef Schürer und sein Stellvertreter Siegfried Wenzel warnten schon 1978 vor dem „Weg in die Katastrophe“. Vor allem das Wohnungsbauprogramm sei überzogen. Aber das Politbüro wiegelte ab. Volkskammerpräsident Horst Sindermann, so berichtete Wenzel später, habe eingewandt, in den Wohnungen würden schließlich Kinder gezeugt, und das sei doch eine produktive Akkumulation.

Honecker wollte den Lebensstandard seiner Bürger jährlich um fünf bis sieben Prozent steigern. Um dies zu erreichen, sollte das Nationaleinkommen jedes Jahr um vier Prozent wachsen. Weil die Zielvorgabe jedoch nie eingehalten werden konnte, verzerrte man die Bilanzen und hielt so die Illusion der Planerfüllung aufrecht. Die sozialistische Wirtschaft, schrieb der Historiker Stefan Wolle, glich „einem bunten Jahrmarktsbudenzauber mit Seiltänzern, Jongleuren, Entfesselungskünstlern, Gauklern und Taschenspielern jeglicher Art“.

Planungschef Schürer erinnerte nach dem Ende der DDR daran, wie Honecker den „Hefekuchen“ der DDR-Volkswirtschaft „hochtrieb, ohne dass sich die Substanz veränderte“. Immer habe es „Divergenzen zwischen dem Wollen und dem Können“ gegeben. „Es hieß: ‚Ihr müsst es gehend machen.‘“

Das ging dann so: Die Staatliche Plankommission stellte nach den politischen Vorgaben die Planziele für die Ministerien, die wiederum für ihre Kombinate auf. Die Kombinate reichten sie an die nachgeordneten Abteilungen und Betriebe weiter, aber auf jeder Stufe wurden die Zahlen ein bisschen erhöht, um Spielraum für Verhandlungen zu schaffen. Forderte die SPK beispielsweise eine fünfprozentige Produktionssteigerung, kam auf der untersten Ebene ein Plansoll von zehn oder zwölf Prozent an. Dort reagierte man, indem man für Investitionen und Materialbedarf grundsätzlich mehr forderte, als tatsächlich benötigt wurde: Brauchte man drei Teile, beantragte man sieben und bekam dann vielleicht zwei; erhielt man wider Erwarten fünf, hatte man eine stille Reserve.

Bei den Rückmeldungen an die SPK waren nun wieder auf jeder Stufe Plankorrekturen erforderlich, weil die Planvorgaben von oben und die Planvorschläge von unten nie übereinstimmten. So wurden die Pläne zwar irgendwie passend gemacht, sie hatten aber mit der wirtschaftlichen Realität wenig zu tun.

Bürger, Betriebe und Behörden behielten sich mit Schummeleien und heimlichen Tauschgeschäften. Zimmer in Studentenheimen wurden als Familienwohnungen ausgegeben, einfache mechanische Maschinen tauchten als teure elektronische Geräte auf, die Unternehmen horteten Material und frisierten die Zahl ihrer Mitarbeiter. Der Generaldirektor des Kombinats VEB Carl Zeiss Jena versorgte seine Mitarbeiterinnen unter der Hand mit Tausenden von Damenschlupfern aus einem Textilkombinat, das dafür Ferienplätze und Freikarten für ein Fußballspiel des Jenaer Werkvereins erhielt.

Denn auch das Erholungswesen war bürokratisch reglementiert. Betriebe und die von der SED gelenkte Dachgewerkschaft FDGB vergaben Plätze in ih-



„Frauen bei der Feinmontage“, Gemälde von Rudolf Pleissner

ren Ferienheimen zwischen Ostsee und Sächsischer Schweiz. Das staatliche Reisebüro bot pro Jahr etwa 600 000 vergleichsweise teure Fahrten ins sozialistische Ausland an; die begehrtesten Ziele, am Schwarzen Meer und auf Kuba, kamen indes kaum in den regulären Verkauf.

Etwa die Hälfte der Urlaubsuchenden war deshalb auf die spartanisch eingerichteten Campingplätze angewiesen, die meist nur über Plumpsklos und Kaltwasser verfügten. Um dort campen zu dürfen, musste man bis zum 2. Dezember des Vorjahres ein Formular mit drei Wunschplätzen und Ausweichterminen an die zentrale Campingplatzverwaltung schicken und bekam dann mit etwas Glück seine Zuweisung.

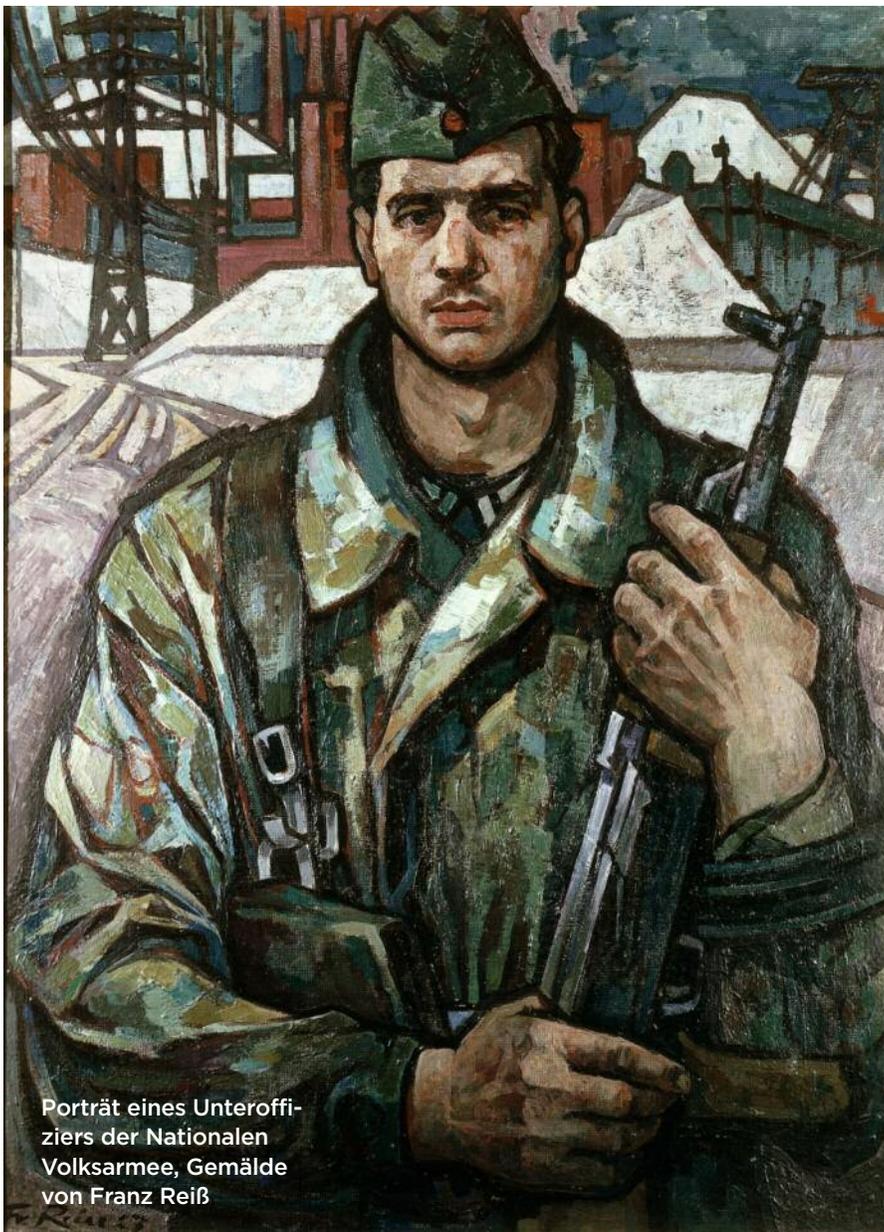
Um die Festpreise für Lebensmittel nicht antasten zu müssen, ersann das Politbüro 1977 einen Trick. Für Waren angeblich besserer Qualität wurden neue Geschäfte eröffnet. „Delikat“-Läden verkauften Lebensmittel, im „Exquisit“ gab es Textilien und Schuhe. Dabei handelte es sich meist um Erzeugnisse aus „Gestattungsproduktionen“ von Westfirmen, die im Billiglohnland DDR zum Beispiel „Trumpf“-Schokolade oder „Salamander“-Schuhe herstellen ließen; in geringem Umfang wurden auch Westimporte angeboten. Die Preise waren allerdings auch exquisit: Eine Tafel Schokolade war ab 5 Mark zu haben, eine Dose Ananas kostete 18 Mark, eine Flasche italienischer Frizzante 15 Mark. „Wohnungsnot und Delikat – dieser be-

schissene Bolschewistenstaat“, schrieben junge Arbeiter 1980 heimlich an eine Autobahnbrücke im Bezirk Magdeburg.

In den Luxusläden konnten alle DDR-Bürger einkaufen, wenn sie über das nötige Ostgeld verfügten. Hingegen waren die in den „Intershops“ angebotenen Westwaren nur für konvertierbare Valuta, also Westgeld zu erwerben. Ursprünglich waren diese Läden ausschließlich auf Bahnhöfen, Autobahnraststätten und Flughäfen eingerichtet worden, als Angebot an westliche Besucher, die dafür harte Währung im Land ließen.

Seit Februar 1974 war auch DDR-Bürgern Devisenbesitz erlaubt. Allerdings förderte dies eine Zweiklassengesell-

ANG (L+R)



Porträt eines Unteroffiziers der Nationalen Volksarmee, Gemälde von Franz Reiß

schaft: Sie teilte DDR-Bürger in solche, die durch Westverwandtschaft oder sonstige Kontakte Westgeld hatten, und solche, die keines besaßen. Die Intershops, die es bald in jeder größeren Stadt gab, linderten zwar die Devisenknappheit des Staates, trugen aber auch dazu bei, dass einheimische Produkte erst recht als minderwertig galten.

Honecker sah das Dilemma. Im September 1977 sprach er „ein offenes Wort zu den Intershop-Läden“. Sie seien „selbstverständlich kein ständiger Begleiter des Sozialismus“. Man könne aber „nicht an der Tatsache vorbeigehen, dass besonders der große Besucherstrom viel mehr Devisen unter die Leute bringt, als das früher der Fall war“. Zwischen 1974 und 1989 vervierfachte sich der Umsatz

von 286 Millionen auf 1,162 Milliarden Westmark. Zuletzt gab es 450 Intershop-Läden, und sie tarnten sich verschämt bis zum Schluss, indem sie keine Schaufenster hatten.

Eine ganz spezielle Krise war allerdings nicht hausgemacht, sondern Folge einer weltweiten Rohstoffknappheit – sie wurde trotzdem zur Belastungsprobe für das Regime. In Brasilien, dem größten Kaffeeproduzenten der Welt, hatte ein ungewöhnlicher Kälteeinbruch 1975 zu einer verheerenden Missernte geführt. Die Weltmarktpreise stiegen innerhalb von zwei Jahren auf fast das Dreifache. Die Teuerung traf zwar auch andere Länder, aber entsprechende Hinweise in der SED-Presse besänftigten das Volk nicht. Denn die devisenschwa-

che DDR traf es doppelt hart: 1977 musste sie nicht nur 667 Millionen Westmark für Kaffeimporte ausgeben; zur gleichen Zeit brachen auch die Deviseneinnahmen aus Exportgeschäften vor allem mit Werkzeugmaschinen ein.

Das Politbüro beschloss daher eine „Versorgungsrichtlinie für Kaffee“. Ab Juli 1977 gab es nur noch eine Sorte Röstkaffee („Rondo“) zu 120 Mark das Kilo. Zusätzlich kam ein „Kaffee-Mix“ in die Geschäfte, der zur Hälfte aus Zichorie, Spelzen, Roggen, Gerste und Zuckerrübenschnitzeln bestand. Der Muckefuck, der immer noch 48 Mark je Kilo kostete, schmeckte den ostdeutschen Kaffeetrinkern jedoch nicht, die ihn in Anlehnung an eine Westmarke als „Erichs Krönung“ verspotteten.

Das Land war in Aufruhr. Die SED-Führung sah sich deshalb genötigt, wieder mehr echte Kaffeebohnen unterzumischen, wenn auch von minderer Qualität – die bezog die DDR aus Angola im Tausch gegen Waffen.

Mangel war der Dauerzustand der DDR-Wirtschaft. Umso mehr beharrte Honecker darauf, dass zumindest sein Wohnungsbauprogramm statistisch erfüllt worden sei. Nachdem 1988 die angeblich dreimillionste Neubauwohnung fertiggestellt war – mitgerechnet wurden auch rund eine Million nur modernisierte Wohnungen –, rühmte der SED-Chef, man habe „eine Leistung vollbracht, die noch in ferner Zukunft davon künden wird, dass es unter Führung unserer Partei möglich wurde, die Wohnungsfrage als soziales Problem zu lösen“.

Aber auch da machte sich der Genosse Generalsekretär etwas vor. Denn mehrere Hunderttausend Wohnungen standen leer, während die Wartelisten immer länger wurden.

Hans Modrow, nach Honeckers Sturz der letzte DDR-Ministerpräsident mit SED-Parteibuch, gab rückblickend Kritikern recht, die das Regime „nicht wegen fehlender Bananen oder mangelnder Reisemöglichkeiten, sondern wegen fehlender Wohnungen“ attackierten. „Auf diesem Gebiet“, resümierte Modrow, „offenbarten sich Leistung und zugleich Tragödie der DDR.“

Pötzl ist Autor des Buchs „Mission Freiheit“ über den Ostberliner Rechtsanwalt und deutsch-deutschen Unterhändler Wolfgang Vogel (Heyne-Verlag).